Ressort: Politik

Bundestag stellt keinen eigenen Antrag auf NPD-Verbot

Berlin, 25.04.2013, 16:29 Uhr

GDN - Der Bundestag hat sich gegen einen eigenen Antrag zum Verbot der rechtsextremen NPD ausgesprochen. Der Antrag der SPD-Fraktion fand am Donnerstag im Parlament keine Mehrheit: 326 Abgeordnete stimmten dagegen, dafür votierten 211 Parlamentarier.

Es gab 40 Enthaltungen, vor allem auf Seiten der Grünen. Vor der Abstimmung hatte SPD-Parlamentsgeschäftsführer Thomas Oppermann eindringlich für den NPD-Verbotsantrag geworben. Es sei unerträglich, dass mit der NPD eine Partei Steuergelder erhalte, die für Angriffe auf Minderheiten verantwortlich sei, so Oppermann. Der Bundesrat hatte bereits im Dezember beschlossen, vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe einen eigenen Anlauf für ein neues NPD-Verbot zu starten. Die Bundesregierung beschloss Ende März, keinen eigenen Antrag zu stellen.

Bericht online:

https://www.germandailynews.com/bericht-12562/bundestag-stellt-keinen-eigenen-antrag-auf-npd-verbot.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD 483 Green Lanes UK, London N13NV 4BS contact (at) unitedpressagency.com Official Federal Reg. No. 7442619